

machien, deren Existenz durch die letzten Reichstagsbeschlüsse stark gefährdet schien, als die besondere Domäne des Herrn Spielers zu neuem Leben erwecken. Zur Freude vieler Linkspolitiker, die in diesem verdeckten republikanischen Propaganda-Institut angenehme Stunden fanden, und zum Leidwesen der Steuerzahler, die die Kosten zu tragen haben. Aber wir haben's ja! Ministerialdirektor Spielers Ehrgeiz geht noch weiter. Er wünscht sich eine politische Polizei, die direkt dem Reichsinnenministerium untersteht und die gewissermaßen die Verbindung zum Berliner Polizeipräsidenten Graessnitz und damit zu Severing und Braun wäre. So eng gedanken sich die Reichsbannerkameraden in der Reichsregierung und im Preußenkabinett zu verbinden. Was aber sagen zu diesem Treiben diejenigen Mitglieder der Reichsregierung, die von rechts kommen? Glauben sie, daß in dieser Atmosphäre der Intrigen und der Verdrößerung zwischen Wirth und Braun eine Politik überparteilicher Sachlichkeit, mit der sie ihre Mitarbeit während der Wahlen begründet haben, noch möglich ist?

Rabinettsthat über Brüning's Reichsratsrede

Der Widerstand der Länder hält an

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
 Berlin, 3. Nov. In der Reichskanzlei fand heute eine Rabinettssitzung statt, in der vor allem die große Rede, die der Reichskanzler Dr. Brüning am Dienstagvormittag vor dem Reichsrat über die gesamtpolitische Lage gehalten wird, fertiggestellt wurde. Die Vorlagen des Rabinetts sind im einzelnen der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich begründet, während der Reichsarbeitsminister Siegelwald die wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkte des Rabinetts verteidigt wird. Der Reichskanzler will die Plattform des Reichsrates auch dazu benutzen, um sich während der Vertagung des Reichstages unmittelbar an die breite Öffentlichkeit wenden zu können.

Trotz der Verhandlungen mit den Ländern sind die Widerstände gegen die von der Regierung vorgelegten Beschlüsse immer noch groß.

Der Hauptwiderstand richtet sich gegen die Kürzung der Steuererwerbungen in Höhe von 100 Millionen und gegen die Verwendung von 400 Millionen aus Einkommenssteuermitteln für Haushaltszwecke. Man hofft aber trotzdem in den Kreisen der Reichsregierung, daß man sich mit einer, wenn auch knappen Mehrheit durchsetzen können und daß sich dann auch der Reichstag, der am 3. Dezember zusammentritt, im Endergebnis mit einer Mehrheit für die Regierung ausdrückt. Zu der morgigen öffentlichen Vertagung des Reichsrates werden

von einer Reihe der größeren Länder die führenden Politiker persönlich erscheinen.

Sachsen wird, wie schon gemeldet, durch den Ministerpräsidenten Schied und den Finanzminister Debrich vertreten sein. Für die bayerische Staatsregierung erscheint der Ministerpräsident Dr. Feld, für die württembergische der Finanzminister Dehlinger. Auch der württembergische Staatspräsident Volz dürfte an der Reichsratsitzung teilnehmen. Obwohl für die öffentliche Reichsratsitzung im Anschluß an die Reden des Kanzlers und der Reichsminister eine

Demokratische Einsichten

Berlin, 3. Nov. Auf dem Wahlkreisparteitag der Demokratischen Partei erklärte der preussische Finanzminister Dr. Hüpper-Wischoff, die Angleichung des deutschen Preisniveaus an den Weltmarkt sei die unbedingte Voraussetzung zur Befestigung der Arbeitslosigkeit. Ohne eine Senkung der Löhne und Gehälter werde es nicht gehen und die entsprechende Senkung der Beamtengehälter sei nur ein Beispiel. Besonderen Nachdruck hatte Hüpper-Wischoff auf die aktive Außenpolitik mit dem Ziel einer Revision des Youngplans gelegt. Man könne den Appell an die Gewalt nicht gutheißen, aber die Erfüllung des Youngplans sei auf die Dauer unmöglich. Transfer- und Zahlungsmoratorium würden nur aber nur dann in Anspruch nehmen können, wenn wir vorher alle Anstrengungen gemacht hätten, in unseren eigenen Haushalt Ordnung zu bringen.

Aufrufe Sehes und Hammerstein

Berlin, 3. Nov. Im „Deutscher Volksdienst“ veröffentlichten der scheidende Chef der Deeresleitung, Generaloberst Sehe, und der neue Chef der Deeresleitung, Freiherr v. Hammerstein-Quorn, folgende Aufrufe:
 „Dem Reichsheer zum Abschied ein herzlich Bescheid! Allen Angehörigen aufrichtigen Dank für die dem Vaterland bewiesene Pflichttreue, die vier Jahre lang mein Stolz und meine Freude war. Lebendige Tradition, vertrauender Gehorsam, Kampfbereitschaft und letzte Kameradschaft mögen stets die Geisteskräfte des Reichsheeres bleiben.“
 Berlin, 31. Oktober 1930.

(gen.) Sehe
 Generaloberst und Chef der Deeresleitung.
 „Ich habe das Amt des Chefs der Deeresleitung angetreten. Ich werde dem Heere seinen nationalen Ehrgefühl, seine innere Geschlossenheit, seine Disziplin und seinen kriegerischen Geist erhalten.“
 Berlin, 1. November 1930.

(gen.) Freiherr von Hammerstein-Quorn
 General der Infanterie und Chef der Deeresleitung.“

Dübener Tagung der NSDAP

Programmathe Erklärungen Adolf Hitlers
 Oldenburg, 3. Nov. Der Gau Weser-Ems der NSDAP hielt am Sonntag und Montag hier eine Tagung ab. Adolf Hitler hielt eine Rede, in der er u. a. ausführte, daß 12 Jahre nach Kriegsende die Regierungen der Demokratie am Ende ihres Rates angelangt seien. Drohend erhebe sich das Gespenst der Hungerkatastrophe. Man habe die Idee des Nationalsozialismus als Schwarmerkei vertrieben. Wenn die Menschheit mit dieser Schwarmerkei aufhöre, so bedeute das den Krieg aller gegen alle. Der oberste und einzigste Befehl des Nationalsozialismus sei: Unser Volk muß leben. Es gebe nur dieses Ziel. Ueber den Weg zu diesem Ziel gebe es keine Zweifel. Nach dem Reichstagswahltag habe man den Nationalsozialisten geraten, sich nun einzufügen. Daran aber dürften sie nicht denken.

Sie wollten weiterkämpfen. Das Ziel sei erreicht, wenn es keine Parteien mehr gebe und Deutschland unter der Fahne des Nationalsozialismus geeint sei. Dann bedürfte es keiner Befehle mehr für irgendeine Klasse, weil es unter dieser Fahne nur das Volk und keine Klassen gebe. Sozialismus sei höchster Dienst am Volke, wobei der Nutzen der Gesamtheit vor dem Nutzen des einzelnen stehen müsse.

Der siebente Anlauf zur Abrüstung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung
 Berlin, 3. Nov. Wie bereits verschiedentlich angekündigt, beginnt am 6. November die siebente Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission. Dieser Sitzung ist deshalb einige Bedeutung beizumessen, weil in ihr die Kommission, die schon sechsmal ohne Erfolg getagt hat, endlich ihre Arbeiten beschließen soll, um dann dem Völkerbundrat ein Konventionsprotokoll zur weiteren Veranlassung ausgeben zu lassen. In der Kommission sind mehr als 20 Staaten vertreten, darunter auch diejenigen, die nicht dem Völkerbund angehören, so die Vereinigten Staaten, die Türkei und die Sowjetunion. Die deutsche Delegation wird abermals geführt von Graf Bernstorff; ihr gehören als Marinefachverständiger Admiral v. Freyberg, als Seeresachverständiger Oberst Schönbeking an.

Volkskommissar Litwinow besucht Curtius

Berlin, 3. Nov. Der Sowjetkommissar des Neuen, Litwinow, hat auf der Durchreise nach Genf zwecks Teilnahme an der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz dem Reichsaußenminister einen Besuch abgestattet. Im Anschluß hieran fand heute auf Einladung des Reichsaußenministers ein Frühstück statt, an dem die Mitglieder der sowjetischen und der deutschen Delegation sowie die zuständigen Herren des Auswärtigen Amtes und der Sowjetbotschaft teilgenommen haben.

Der neue deutsche Botschafter in London eingetroffen

London, 3. Nov. Der neue deutsche Botschafter am Hofe von St. James, Baron v. Neurath, ist in Begleitung seiner Gattin heute abend um 9,15 Uhr in London eingetroffen. Der bisherige Geschäftsträger Graf Bernstorff und Legationssekretär Gale waren dem Botschafter nach Harwich entgegengefahren. Zum Empfang des Botschafterpaars hatten sich am Bahnhof Liverpool-Street als Vertreter des britischen Staatssekretärs des Neuen, Minister Wood vom Foreign Office sowie die Mitglieder der Deutschen Botschaft mit ihren Damen eingefunden.

Der Strafantrag im Bauernnotprozess

Rögnitzberg, 3. Nov. Wegen Vergehens gegen § 129 (Staatsfeindliche Organisation) beantragt die Staatsanwaltschaft gegen die Angeklagten von Plathen, von Weiß und Thumian je vier Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Doepner sechs Monate Gefängnis und gegen denjenigen Angeklagten wegen schweren Aufruhrs als Rädelsführer ein Jahr Gefängnis, zusammenzusetzen in ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen die Angeklagten Pallinat und Buchholz wegen schweren Aufruhrs unter Jubilation mildernden Umstände je acht Monate Gefängnis, gegen den Angeklagten Wegener wegen Aufruhrs sechs Monate Gefängnis. Bei den Angeklagten Doepner, Pallinat, Buchholz und Wegener soll die Unteruchungshaft angerechnet werden.
 Nachdem die Angeklagten auf das Schlußwort, Verteidigung und Staatsanwalt auf weitere Erklärungen verzichtet hatten, wurde die Urteilsverkündung für Dienstag 12 Uhr angelegt.

Schweres Autounglück in Oisefrankreich

Paris, 3. Nov. Bei St. Galmier (Loire) stürzte heute ein Autobus eine fünf Meter hohe Böschung herunter. Vier Personen wurden getötet, 19 verletzt.

Das Grundproblem: Senkung der Selbstkosten

Die Arbeitgeberverbände zum Plan der Arbeitszeitverkürzung

Berlin, 3. Nov. Die Vereinnahmung der deutschen Arbeitgeberverbände, G. V., hielt heute eine Sitzung ab, in der die Frage der Verkürzung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung eingehend behandelt wurde. Man kam zu dem Schluß, daß die schematische und generelle Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie jetzt vielfach gefordert werde, kein geeignetes Mittel zur Berringerung der Arbeitslosigkeit sei, daß sie vielmehr im Gegenteil durch die mit ihr verbundene Steigerung der Produktionskosten und die in ihr enthaltene Einengung der Bewegungsfreiheit der Betriebe die Arbeitslosigkeit vergrößern müsse. Es wurde in der Sitzung zum Ausdruck gebracht, daß alle Überlegungen in dieser Frage davon ausgehen müßten, daß ohne eine allseitige Senkung der Herstellungskosten, wie sie auch im Sanierungsprogramm der Reichsregierung als unerlässlich bezeichnet sei, eine Wiederbelebung unserer Wirtschaft nicht erreicht werden könne. Soweit die Selbstkostengestaltung der Wirtschaft durch den Lohn beeinflusst werde, sei eine Herabsetzung der Selbstkosten nur entweder durch Senkung der Löhne oder durch Verlängerung der Arbeitszeit mit gleichbleibendem Lohn, oder Wochenlohn möglich. Eine derartige Arbeitszeitverlängerung habe neben ihrer produktionspolitischen Wirkung (Senkung der Selbstkosten) und damit Verbilligung der Produktion — besonders wichtig für den Bergbau) sozial zugleich die Bedeutung, daß dem Arbeitnehmer auf diese Weise sein bisheriges Einkommen erhalten bleibe.

Ihre Durchführung sei aber selbstverständlich abhängig von der Möglichkeit eines entsprechend vermehrten Absatzes.

So daß ihr zur Zeit enge Grenzen gesetzt seien. Die geforderte Arbeitszeitverkürzung sei daher zunächst unter dem Gesichtspunkte ihrer Einwirkung auf die Gestaltung der Selbstkosten zu prüfen. Sie könne erfolgen 1. mit Lohnausgleich, 2. ohne Lohnausgleich. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich sei mit ihren wirtschaftlichen Wirkungen einer Lohn-erhöhung und damit der Erhöhung der Selbstkosten gleichzusetzen.

Dieser Weg scheide also ohne weiteres aus.

Durch Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich werde zwar das Lohnneinkommen des einzelnen Arbeiters je nach dem Maß der Verkürzung senkt, die Gesamtlohnsumme des Betriebes bleibe aber zum mindesten gleich, wenn sie sich nicht sogar auch in diesem Falle erhöht. Der gleichen Gesamtproduktion stehe also mindestens der gleiche Gesamtlohnsumme und damit die gleiche Belastung der Produktionseinheit durch den Lohn gegenüber, so daß auch diese Forderung an dem Grundproblem vorbeigehende, dessen Lösung allein auf die Dauer die Arbeitslosigkeit vermindern könne, nämlich der

Senkung der Selbstkosten.

Wohl aber würde eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich eine erheblich ins Gewicht fallende Senkung des Einkommens der einzelnen Arbeiter zur Folge haben. Die Neueinstellung von Arbeitskräften lebe aber in der Regel vor allem voraus, daß in den einzelnen Arbeitsgruppen des Betriebes, die in ihrer Arbeitsfähigkeit untereinander abhängig seien, ein entsprechendes zahlenmäßiges Verhältnis in der Arbeiterbelegung zwischen den einzelnen Gruppen vorliege. Ganz allgemein müsse im übrigen berücksichtigt werden, daß in vielen Fällen durch derartige Maßnahmen eine Produktionskostenerhöhung auch dadurch eintrete, daß, wie die Praxis lehre, durch den häufigeren Schichtwechsel oder überhaupt durch den Arbeitswechsel die Qualität des Erzeugnisses leide. Diesem der Prozentfuß des Ausschusses stark sei.

Vielmehr sei in der Öffentlichkeit die Meinung vertreten worden, daß durch generelle Arbeitszeitverkürzung zahlen-

mäßig eine so erhebliche Anzahl von Arbeitslosen in den Produktionsprozess eingestellt werden könnte, daß dadurch die Erwerbslosenanzahl nennenswert verringert und dadurch zugleich die Belastung der Wirtschaft durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung in erheblichem Umfange herabgesetzt werden könnte. Daß diese Auffassung unrichtig sei, ergebe sich aus folgenden Zahlen: Die derzeitige Gesamtzahl der Arbeitslosen betrage rund 3 Millionen. Diefür sei ein Gesamtaufwand von rund 3 Milliarden Mark erforderlich.

Die geforderte Arbeitszeitverkürzung könne sich zunächst nur auf die Verhältnisse in der Industrie und im Handwerk beziehen.

Da die übrigen Wirtschaftsklassen, wie Landwirtschaft, Verkehrswesen, kaufmännische Betriebe usw., infolge ihrer besonderen Verhältnisse grundsätzlich aus diesen Erörterungen auscheiden müssen. Bei den in Industrie und Handwerk in Frage kommenden Betrieben kämen ferner die kleinen Betriebe, mitbetrachtend die unter fünf Arbeitnehmern, völlig unter Ausschaltung dieser Gruppen seien zur Zeit in Industrie und Handwerk noch etwa 5,5 Millionen Arbeitnehmer voll beschäftigt, da fast 25 Prozent in diesen Betrieben im Durchschnitt bereits kurz, und zwar 40 Stunden und weniger arbeiten. Daraus ergebe sich, daß selbst unter Zurückstellung aller betriebstechnischen und produktionspolitischen Gesichtspunkte eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit nicht annähernd zu einer solchen Verringerung der Arbeitslosigkeit und der durch sie eintretenden Belastung führen könne, wie dies vielfach in der Öffentlichkeit von den Befürwortern des Vorschlags erhofft werde.

Die Reichspost zur Gebührenermäßigung bereit

Berlin, 3. Nov. Im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost erklärte am Montag der Reichspostminister auf Anfrage, daß er sich der maßgebenden wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Preisienfrage voll bewußt sei und daß die Deutsche Reichspost bereit sei, im Zuge und im Rahmen einer allgemeinen Preisienkung seitens der Industrie und des Handels eine entsprechende Gebührenermäßigung einzutreten zu lassen. Des weiteren stellte der Reichspostminister fest, daß eine Steuer auf den Rundfunk oder eine Heraushebung der Rundfunkgebühren nicht beabsichtigt sei.

Die Berliner Metallindustrie arbeitet wieder

Berlin, 3. Nov. Am Montag ist bei allen Firmen der Berliner Metallindustrie die Arbeit wieder aufgenommen worden. Eine Ausnahme bildet lediglich die Fabrikfirma F. I. S. Hier hat die Geschäftsleitung die Beschäftigten entlassen, da die Arbeiter auch heute noch im wilden Streik verharren und die Firma mit Reparaturen an Fahrzeugen so überlastet ist, daß sie neue Leute einstellen muß.

Die Abwicklung des Reichswasserschutzes

Berlin, 3. Nov. Die auf Wunsch des Reichstages wegen Ueberführung des Reichswasserschutzes mit den Ländern geführten Verhandlungen haben das Ergebnis gehabt, daß der größere Teil der Beamten des Reichswasserschutzes mit dem 1. April 1931 von Preußen und Sachsen übernommen wird. Der Rest der Beamten wird nach Möglichkeit bei anderen Reichsbehörden untergebracht. Für die Uebernahme der Beamten zahlt das Reich an Preußen und Sachsen auf die Dauer von voraussichtlich drei Jahren eine Pauschale von insgesamt 1,4 Millionen Mark jährlich.

SHELL AUTOOLE
 Ölwechsel, Ölerneuerung?
 SHELL-FÜHRER befragen!